

## KURZ UND PRÄGNANT

### Qualität von Arbeit

„Auch in Thüringen muss endlich wieder über die Qualität von Arbeitsverhältnissen diskutiert werden. Sinkende Arbeitslosenzahlen machen Menschen nicht glücklich, wenn sie in Leiharbeit, Niedriglohn und Minijobs geschoben werden. Eine gute Arbeitsmarktpolitik im Sinne der Betroffenen setzt sich für gute Löhne und sichere Jobs ein, statt weiter auf den nur formal guten Zahlen hoher Beschäftigungsquoten zu schwimmen“, so MdL Ina Leukefeld. 35 Prozent der Jobs in Thüringen sind atypische Beschäftigung und damit in den meisten Fällen nicht existenzsichernd und vom ständigen Rückfall in Hartz IV bedroht. Als bestes Beispiel dafür können Minijobs gelten, von denen es nach Auskunft des Wirtschaftsministeriums allein in Thüringen 120.000 gibt. So stellen diese beispielsweise im Gastgewerbe 44 Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse. „Löhne, die zum Leben nicht reichen; Jobs, deren Beschaffenheit jede Chance auf Familiengründung verhindern; Sanktionen, die die Erwerbslosen nur drangsaliieren – all dies ist für zehntausende Menschen in Thüringen Alltag.“ ■

### Lebensmittelkontrolle

Jahrelang hat es im Schlachthof Jena Verstöße gegen Tierschutz sowie Hygienemängel gegeben. Diese wurden zwar von den Kontrollbehörden immer wieder festgestellt, aber nicht abgestellt. 19 Ordnungswidrigkeitsverfahren wurden durchgeführt und eine Strafanzeige gestellt. Trotz alledem wurden die Verstöße gegen den Tierschutz und die lebensmittelrechtlichen Mängel nicht alle abgestellt, es kamen sogar immer noch welche hinzu. Die agrarpolitische Sprecherin der Linksfraktion Dr. Johanna Scheringer-Wright: „Festgestellte Missstände müssen abgestellt werden, dürfen nicht verschleppt werden und Zuwiderhandlungen dürfen nicht unbestraft bleiben.“

Dabei geht es vor allem auch um das Vertrauen in die Lebensmittelkontrolle, das weiter erschüttert wird, sagte die verbraucherschutzpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Diana Skibbe, und betonte: „Denn wer glaubt denn noch an Kontrollen, wenn die Missstände nicht, wie in den Gesetzen vorgesehen, abgestellt werden.“

In diesem Zusammenhang fragte sich Johanna Scheringer-Wright auch, ob die Trennung von Fachaufsicht und Dienstaufsicht im Zuge der Behördenstrukturreform in Thüringen, als die Veterinär- und Lebensmittelüberwachung den Landkreisen zugeordnet wurde, überhaupt hilfreich war. ■

# Koalitionsdisziplin besiegt das Gewissen

**CDU und SPD verweigerten sich der Beratung zur „Abschaffung der Residenzpflicht“**

**Die Koalitionsfraktionen CDU und SPD hatten in der Plenarsitzung des Landtags am 26. April alles unternehmen, um nicht über den gemeinsamen Antrag der LINKEN und der Grünen zur Abschaffung der Residenzpflicht in Thüringen abstimmen zu müssen – ein Vorgang, der allseits für Unverständnis sorgte und den die migrationspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Sabine Berninger, als enttäuschend bezeichnet hatte.**

„Damit haben sich Ankündigungen aus den Reihen der SPD, sich auch parlamentarisch für eine diskriminierungsfreie Regelung für Flüchtlinge einsetzen zu wollen, zunächst in Luft aufgelöst“, sagte die Abgeordnete, die auch darüber berichtete, dass

sich eine Vielzahl von Abgeordneten der SPD in Gesprächen ausdrücklich dazu bekannt hatte, in dieser Landtagssitzung nach ihrem Gewissen entscheiden zu wollen.

„Offenbar war die Koalitionsdisziplin doch stärker als die Gewissensfreiheit“, meinte Sabine Berninger, die zugleich aber ihrer Hoffnung Ausdruck gab, „dass dies das letzte Mal gewesen ist, dass an Diskriminierungen von

Flüchtlingen aufgrund machtpolitischer und parteipolitischer Interessen festgehalten wurde. Es ist an der Zeit, die diskriminierende Residenzpflicht abzuschaffen, so wie es viele Organisationen längst fordern und selbst zwei Drittel der Ausländerbehörden in Thüringen befürworten.“

Nun geht der Streit um die Residenzpflicht in eine neue Runde. Nach einer längeren Sitzungsunterbrechung hatte der Landtag entschieden, das Thema nicht mehr zu diskutieren. Es soll nun im Mai-Plenum wieder auf die Tages-

schenrecht. Residenzpflicht abschaffen!“ übergeben. Ellen Könneker vom Flüchtlingsrat Thüringen e.V. hatte betont: „Die Resonanz auf die Kampagne des Thüringer Flüchtlingsrates kann sich sehen lassen. 1500 unterschriebene Postkarten zur Abschaffung der Residenzpflicht an den Thüringer Innenminister, Unterstützung der Forderung von verschiedenen Organisationen und Parteien, zahlreichen Ausländerbeauftragten und weiteren Engagierten zeigen, dass es dringend geboten ist, die diskriminierende und



ordnung gesetzt werden. Am Morgen vor der Landtagsdebatte hatte der Flüchtlingsrat Thüringen e.V. mit einer Aktion seine Forderung nach Abschaffung der Residenzpflicht deutlich gemacht und dem Thüringer Innenminister im Beisein vor allem von Landtagsabgeordneten der LINKEN, aber auch der Grünen und der SPD, weitere unterschriebene Postkarten der Kampagne „Bewegungsfreiheit ist ein Men-

antiquierte Regelung aufzuheben.“ Der Flüchtlingsrat wies darauf hin, dass der Innenminister durch den Landtag aufgefordert war, bis zum 31. März eine Evaluation der bisherigen Regelung durchzuführen und einen neuen Umsetzungsvorschlag vorzulegen. Dieser sei bislang jedoch nicht bekannt. ■

## Europawoche: Gespräche bei Unternehmen

Im Rahmen der Europawoche 2013, die vom 4. bis 12. Mai stattfindet, und in Vorbereitung der neuen EU-Förderperiode besuchten der europapolitische Sprecher der Linksfraktion im Thüringer Landtag, Jörg Kubitzki, und der wirtschaftspolitische Sprecher, Dieter Hausold, Unternehmen und Bildungsträger in Gera (siehe Foto) und im Unstrut-Hainich-Kreis, um mit den Akteuren vor Ort ins Gespräch zu kommen und Handlungsoptionen herauszuarbeiten, wie sich die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag an der Diskussion zur Schwerpunktsetzung in den einzelnen Operationellen Programmen (EFRE, Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung, und ESF, Europäischer Sozialfonds) einbringen kann.

Im Verlauf der Gespräche wurden natürlich auch andere Themen angesprochen, wie die gesamtwirtschaftliche Situation der Unternehmen, Erfahrungen im Umgang mit EU-Fördermitteln und bei der Umsetzung arbeitsmarktpolitischer Programme in Thüringen. In einer sehr offenen, konstruktiven Atmosphäre wurden die Erfolge und Probleme der Bildungsträger und Unternehmen in der Umsetzung von

europäischen Förderprojekten erörtert.

In Auswertung der Betriebs- und Trägerbesuche nahmen Dieter Hausold und Jörg Kubitzki zahlreiche Hinweise und Vorschläge zur Erarbeitung und Schwerpunktsetzung der Operationellen Programme der neuen EU-Förderperiode entgegen. Die Träger von Integrationsprojekten forderten zudem Maßnahmen, welche zur Verbesserung des Antrags- und Abrechnungsverfahrens von EU-Fördermitteln und damit zur Reduzierung des Bürokratieaufwandes führen könnten und müssen.

Für Dieter Hausold und Jörg Kubitzki steht nun die anspruchsvolle Aufgabe an, die umfangreichen Empfehlungen und Anregungen der Unternehmen und Maßnahmeträger in parlamentarische Initiativen umzusetzen.

Erst bei einem kürzlich in der Linksfraktion stattgefundenen Expertengespräch zu Europa-Fragen war ein For-



derungskatalog der LINKEN zur Ausgestaltung der Förderperiode 2014 bis 2020 verabschiedet worden.

Darin heißt es u.a.: Keine Leuchtturmpolitik! Die Förderung muss auf die Erfordernisse der jeweiligen Regionen Thüringens ausgerichtet werden. Notwendig ist der Ausbau der sozialen Infrastruktur auf der Grundlage einer Sozialplanung.

Zudem müsse der ESF stärker ausgerichtet werden auf die Förderung von „Guter Arbeit“.

Dolores Hof